

der Landwirtschaft – vor allem aber für die Ausbildung junger Talente und für eine bescheidene Annäherung an einen humanen Standard in der Versorgung der Armen.

Israel könnte in dieser Koalition beweisen, dass es kein Fremdkörper in der nahöstlichen Welt ist, sondern ihr zugehört. Das setzte, kein Zweifel, den Beweis der Friedensbereitschaft aller Beteiligten voraus. Die Palästinenser (auch die Hamas) müssten sich endlich zum Existenzrecht des jüdischen Staates bekennen und die Terroristen – soweit es denn menschenmöglich ist – durch scharfe Kontrollen neutralisieren. Israel müsste sich endlich zur Bildung eines palästinensischen Staates bereit finden, der den Namen eines Staates verdient und nicht durch exterritoriale Straßen und Militärstützpunkte dutzendfach zerschnitten ist. Das Gros der Siedlungen müsste geräumt werden, auch gegen den Widerstand der Kolonisten – aus-

genommen die neuen Vorstädte Jerusalems. Der palästinensische Staat hätte das Recht, die repräsentativen Organe in seiner Hauptstadt Ost-Jerusalem zu etablieren. Alle Beteiligten garantierten – mit einigen notwendigen Korrekturen – die Grenzen von 1967, gestützt auf einen Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union.

In der Tat könnte die »Koalition für die Freiheit« durch ein Rahmenabkommen mit Europa, Amerika, vielleicht sogar Russland eine internationale Autorität gewinnen, die unsere westliche Furcht vor dem chronischen Chaos der arabischen Welt bannen und die wachsende Isolierung Israels aufheben würde. Ein Schimmer der Hoffnung kehrte in die Region zurück – jener Hoffnung, auf die sich in Wahrheit die Existenzfähigkeit Israels und damit die Erfüllung eines Menschheitstraumes gründen. Nein, diesen Traum kann uns niemand verwehren, nicht einmal die eigene Skepsis.

Werner A. Perger

## Populismus, Identität und Gemeinschaft in Zeiten der Unsicherheit

### Die kulturelle Herausforderung für die Soziale Demokratie

*Die sozialdemokratischen Parteien leiden einerseits unter einem Vertrauensverlust in ihren klassischen Milieus, Uneinigkeit besteht noch über dessen Ursachen. Andererseits schwappt eine neue national-populistische Welle der Aufklärungsfeindlichkeit über die demokratischen Gesellschaften. Wie soll die Soziale Demokratie damit umgehen? Ein FES-Seminar beteiligte sich im Rahmen des so genannten Amsterdam-Prozesses an der Suche nach einer progressiven Strategie.*

Vergleichsweise unstrittig ist der Befund, dass die Basis für progressive Parteien zunächst ohne deren Zutun aus objektiven Gründen geschrumpft ist, nachdem seit den 50er Jahren der Anteil des klassischen Arbeitermilieus an der Gesamtgesellschaft sowie an der Wählerschaft der Mitte-Links-Parteien zurück geht. Neue Aufstiegsmöglich-



Werner A. Perger

(\* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für *DIE ZEIT*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.

perger@zeit.de

lichkeiten entstanden, aber für eine wachsende Zahl von Arbeitern hatten die Veränderungen auch höhere Verwundbarkeit, Unsicherheit und Statusverluste zur Folge. Die steigende Zuwanderung verursachte Verunsicherung, Entfremdung und Zukunftsangst bei den viel zitierten »Modernisierungsverlierern« wie auch in Gesellschaftsschichten, in denen die Sozialdemokraten traditionell ihre Mehrheiten hatten. Nicht nur haben die sozialdemokratischen Parteien die Entwicklung in der Wählerschaft in diesem Thema falsch eingeschätzt, sie haben gerade ihre Stammwähler in den von den Folgen der Globalisierung am meisten betroffenen Milieus mit deren Ängsten und Sorgen allein gelassen und damit ihrem Niedergang den Weg bereitet.

### **Banalisierter Diskurs**

Eine wichtige kulturelle Rolle spielt dabei allerdings auch die spürbare Banalisierung der politischen Kommunikation. Vor allem das Fernsehen mit seinen *Soaps* und *Talk-Shows* leistet einen massiven Beitrag zur Entpolitisierung des sozialen Klimas und führte zu einer »Idiotisierung des öffentlichen Diskurses« (Fernando Vallespín). Dieses Abstumpfungskartell reicht vom amerikanischen Murdoch-Fernsehen (*Fox-News*), dessen rechte Hassprediger Präsident Obama und die Demokraten rund um die Uhr diffamieren, über die europäischen Privatsender, die von der holländischen *Endemol*-Entertainment-Maschine gleichgeschaltet werden, und die großen Boulevardzeitungen mit ihrem spezifischen konservativen Machtbewusstsein bis zum TV- und Herrschaftsimperium des schamlosen Vordemokraten Berlusconi.

Dieses lose Netzwerk »behindert mit seiner Desensibilisierung der Bürger für politische Probleme jedweden progressiven Politikentwurf« (Vallespín) und schürt Angst vor Veränderung und Hetze gegen

Andersdenkende. Die Linke braucht einen progressiven Diskurs, die Rechte will und muss ihn verhindern. Diskussion stört ihren autoritären Politikstil. Vor allem auf dem europäischen Kontinent breitet sich auf Grund dieser Entwicklung ein neuer europaweiter Nationalpopulismus aus.

Vor allem bewirkt diese Banalisierung des Diskurses eine verstärkte Entpolitisierung im bildungsfernen Milieu, in dem die bisherige Stammwählerschaft der einstigen »Arbeiterparteien« überproportional vertreten war: »Wenn Politik dann überhaupt noch ernst genommen wird, dann eben nur in dem Sinn, dass Politiker für Schurken und für korrupt gehalten werden« (Vallespín), oder für »unfähige Sempel ohne richtigen Schulabschluss und ohne Möglichkeit, außerhalb der Politik seriös ihr Geld zu verdienen« (Frank-Walter Steinmeier über die Wirkung der deutschen Talk-Show-Inflation). Gegen diese Mischung aus Vorurteilen und Anti-Aufklärung lässt sich progressiv nur schwer Politik machen.

### **Freundliche Monster**

Nicht nur die demokratische Linke ist von der Erosion der klassischen Milieus betroffen. Die »Volksparteien« (*catch-all-parties*) insgesamt leiden unter dem Auftreten der demagogischen Antiparteien-Parteien. Sie sind meilenweit entfernt von den einstigen Stimmanteilen zwischen 40 % und 50 %. Die »Krise der Volksparteien« (Wolfgang Merkel) ist in der mitteleuropäischen Politikwissenschaft inzwischen ein Alltagsbegriff. Die parteipolitische Aufspaltung der traditionellen Strukturen – zwei große Volksparteien, ein bis drei kleine Unterstützerparteien – ist allem Anschein nach unumkehrbar.

Dessen ungeachtet kommen einige konservative Parteien in Europa damit besser zurecht als die Sozialdemokratie. Doch wie haben es die Mitte-Rechts-Volksparteien

geschafft, sich anstelle der Progressiven als »Parteien des Fortschritts« zu präsentieren (Steinmeier) und sich ein modernes Image zu verschaffen? Offenkundig ist es ihnen in der politischen Öffentlichkeit gelungen, die Schatten der Vergangenheit abzuwerfen: »Sie sind keine neoliberalen Monster mehr« (Patrick Diamond). Programmatische Retuschen und demonstrative Öffnungen zu neuen Inhalten, etwa genuin grünen Themen, haben den Mitte-Rechts-Parteien geholfen, beim Publikum Punkte zu sammeln, während bei den Sozialdemokraten die Zahl der Enttäuschten und Frustrierten wächst.

### »Decent Society«

Das programmatische Ziel einer neuen Mitte-Links-Politik muss die Wiederherstellung des demokratischen Konsenses in einer *Decent Society*, einer »anständigen Gesellschaft« (Job Cohen) sein. Ein ziviler Umgang zwischen den handelnden Politikern selbst allerdings scheint zurzeit

nahezu ausgeschlossen. Solidarität ist mittlerweile geradezu ein diskreditierter Begriff, die zunehmende Komplexität der Gesellschaft und die Erosion des bürgerlichen Vertrauens in die demokratischen Institutionen sind der Nährboden für den aggressiven Populismus (Ruud Kole).

Grund für Zuversicht könnte allenfalls in der Erfahrung liegen, dass Migration seit jeher begleitet ist von Konflikten. Sie gehören zur Dynamik von Migration, genauso wie Segregation. Sie sind Zeichen für Integration (Paul Scheffer). Doch ein Konflikt, der nicht vermeidbar ist, muss in ziviler Form und nach den Spielregeln des modernen liberalen Rechtsstaates gelöst werden. Genau das ist die Aufgabe der Politik.

### Liberaler Reflex

Die zentralen Probleme für progressive Politik im Zeitalter der Globalisierung bleiben Wirtschaft, Arbeitsplätze und Verteilungsgerechtigkeit. In diesem Kontext ist

die Migration eine besondere gesellschaftspolitische Herausforderung an die liberalen Demokratien im Allgemeinen und die sozialdemokratische Vorstellung vom friedlichen Zusammenleben in einer zunehmend multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft im Besonderen. In dem Maße, in dem die Einstellungen der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten in diesen Fragen voneinander abweichen, sind gerade die progressiven Volksparteien besonderen Belastungen ausgesetzt.

Innerhalb der europäischen sozialdemokratischen Parteien sind die Frontlinien der Debatten weitgehend identisch. Auf der einen Seite formieren sich die eher kosmopolitisch gesinnten Befürworter einer liberalen offenen Migrationspolitik, die Zuwanderung als Notwendigkeit für die künftigen sozialökonomischen Bedürfnisse der alternden westlichen Gesellschaft ansehen und kulturelle Diversität als Chance für deren Revitalisierung. Auf der anderen Seite sammeln sich die Vertreter eines tendenziell kommunitarisch und nationalstaatlich denkenden Milieus, die mehr Verständnis für die Ängste der sozial »verwundbaren« Schichten durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Niedriglohnbereich haben und kulturelle Unterschiedlichkeit (*diversity*) nicht für eine Bereicherung für die eigene, bisher eher homogene Gesellschaft sehen. Sie sehen das Sozialstaatssystem durch eine ungesteuerte Zuwanderung gefährdet und stehen besonders der Zuwanderung aus islamischen Staaten mit großem Unbehagen gegenüber.

Diese Debatte läuft überall in Europa, aber mit unterschiedlicher Intensität. Ist diese Auseinandersetzung »*Liberals vs. Communitarians*« tatsächlich »der neue linke Bürgerkrieg« (David Goodheart)? Jedenfalls beschreibt diese Zuspitzung die aktuellen Frontlinien des Konflikts, der neue Bündnisse über die Trennlinien der traditionellen politischen Lager hinweg schafft (Scheffer).

### Liberaler Kommunitarismus

Kann es eine Kompromisslinie geben, die jenseits der innerparteilichen Debatte Zustimmung findet? Die radikale Öffnung der Advokaten des multikulturellen Liberalismus wird in der europäischen Sozialdemokratie, ganz zu schweigen vom europäischen Elektorat, nicht mehrheitsfähig werden. Die radikale Anpassung an ausländerfeindliche und islamophobe Positionen der national-populistischen Rechten ist gleichfalls keine erfolgsversprechende sozialdemokratische Perspektive. Ist ein Brückenschlag zwischen den Gegensätzen aber überhaupt möglich? Die Gemeinsamkeit könnte in einer Art »liberalem Kommunitarismus« (Goodheart) bestehen. Man könnte ihn auch »moderat-konservativ« nennen, denn der kommunitarische Anteil würde den liberalen klar überdecken.

Gewiss könnte jede Große Koalition aus den klassischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien auf dem Kontinent so ein Programm des »historischen Kompromisses« zwischen Offenheit und Vorsicht entwerfen. Es könnte den nationalen »Neopopulisten« (Laurent Bouvet) – ohne eine volle Kapitulation vor deren Parolen zu sein – vermutlich ein wenig das Wasser abgraben, jedenfalls für den Anfang. Die Zugeständnisse an den Zeitgeist sind gleichwohl unübersehbar. Tendenziell handelt es sich um einen Abschied von früheren Visionen einer besseren, liberaleren Gesellschaft und markiert einen neuen »utopischen Pragmatismus« angesichts der drohenden Fragmentierung der klassisch-progressiven Parteien.

Doch entscheidend für den Versuch, den Kontakt zur verlorenen Basis wieder herzustellen, dürfte wohl sein, wie das Zusammenleben der real existierenden multiethnischen Gesellschaften in der Realität funktioniert. Es geht also um die politische Praxis diesseits von Utopia, um die Arbeit vor Ort. Diese Praxis des Alltags muss Priorität bekommen.